

# DIE LINKE.

## Stadtfraktion Wiesbaden

Fraktionsinfo Nr. 3 / Winter 22/23

[www.dielinke-stadtfraktion-wiesbaden.de](http://www.dielinke-stadtfraktion-wiesbaden.de)



**Links regiert in Wiesbaden mit!**  
Was sich endlich alles verändert





„Umweltfreundlich gedruckt auf 100%  
Recyclingpapier, mit Farben auf Basis  
nachwachsender Rohstoffe.“

# Inhalt

**S.3 Politik für Frauen und Mädchen ist kein  
Luxus!**

**S.4 Linksbündnis bringt sozialen Fortschritt**

**S.6 Eine Stadt für alle - ein weiterer Schritt  
zum bezahlbaren Wohnraum!**

**S.8 Bildungswende dringend notwendig!**

**S.10 Umwelt- und Klimaschutz als oberste  
Priorität**

**S.12 An den Widerstand erinnern - aus dem  
Widerstand lernen!**

## Impressum

### Kontakt zur Fraktion

Geschäftsstelle DIE LINKE.  
Stadtfraktion Wiesbaden:  
Rathaus, Zimmer 304  
Schlossplatz 6  
65183 Wiesbaden  
Tel.: 0611 31-5426  
Fax: 0611 31-5917  
dielinke-stadtfraktion@wiesbaden.de

Web:  
dielinke-stadtfraktion-wiesbaden.de  
FB: dielinkestadtfraktionwiesbaden  
Twitter: LINKEFraktionWI  
Instagram:  
linke\_stadtfraktion\_wiesbaden

### Wann sind wir erreichbar?

Montag bis Freitag: 10-13 Uhr  
In den Schulferien: 10-12 Uhr

Diese Zeitung ist kostenlos –  
wir freuen uns über Spenden:  
DIE LINKE.  
Stadtfraktion Wiesbaden  
DE92 4306 0967 1255 9442 01

### Gestaltung:

Ann-Christine Sparn-Wolf  
V.i.S.d.P.: Ingo von Seemen

### Abbildungen und Lizenzen:

Titelbild: AdobeStock\_312336548,  
AdobeStock\_266105823  
Ann Christine Sparn-Wolf  
& siehe Hauptseiten  
S.2: Ann Christine Sparn-Wolf  
S.3: AdobeStock\_484633530  
S.4&5: AdobeStock\_540027988  
S.6&7: AdobeStock\_77936616  
S.8&9: AdobeStock\_527764773  
& Ann Christine Sparn-Wolf  
S.10&11: AdobeStock\_506894233  
S.12: Ann Christine Sparn-Wolf

# Politik für Frauen und Mädchen ist kein Luxus!



Zur Kommunalwahl am 14. März 2021 sind wir angetreten mit dem Versprechen, Wiesbaden zu einer geschlechtergerechten Stadt mit frauenspezifischen Angeboten weiter zu entwickeln.

Mit der Bildung des Ausschusses für Frauen, Gleichstellung und Sicherheit ist eine gute Bündelung der Aufgabengebiete gelungen. Als Ausschussvorsitzende sehe ich mich dabei in einer besonderen Verantwortung.

Seit dem 4. Oktober hat mit Christiane Hinnerger als Stadträtin der hauptamtliche Magistrat endlich wieder ein weibliches Gesicht. Mit dem neuen Dezernatszuschnitt sind die Stabstelle der Kommunalen Frauenbeauftragten sowie die LSBTIQ-Koordinierungsstelle bei Dezernat IV unserer neuen Stadträtin angesiedelt. Die Frauenbelange in

Wiesbaden liegen im Magistrat nun in der Verantwortung einer Frau.

Mit der Kooperation konnte im Haushalt 2022/23 erstmalig ein Fördertopf für Frauenprojekte beschlossen werden. Auch wenn aktuell durch die verhängte Haushaltssperre diese Mittel noch nicht abgerufen werden können, hoffen wir mit der neuen Dezernentin Wege für die Förderung zu finden.

Im Kooperationsvertrag ist ausdrücklich festgehalten, dass „Frauen- und Mädcheneinrichtungen, Beratungsstellen, als auch das kommunale Frauenreferat weiterhin finanziell abgesichert und gefördert werden. Die bestehende Projektmittelförderung werden wir fortführen und bei Bedarf ausbauen“. Erfahrungen aus den vergangenen Jahrzehnten haben immer wieder ge-

zeigt, dass bei anstehenden Kürzungen gerade bei Frauen- und Mädchenbereichen der Rotstift angelegt werden soll. Kompensation durch ehrenamtliche Tätigkeit fällt zunehmend schwerer. Also statt zu kürzen, ist aufzustocken.

Politik zur Förderung von Frauen- und Mädcheneinrichtungen ist kein Luxus, sondern gerade in Krisenzeiten wie der unsrigen dringend von Nöten. Sind es doch immer noch die Frauen, die in der Kindererziehung und im Pflegebereich, im Privaten, aber auch in den Care-Berufen den größten Anteil in der Gesellschaft leisten.

**Mechthilde Coigné**  
*Frauenpolitische Sprecherin der  
Fraktion, Vorsitzende im Ausschuss für  
Frauen, Gleichstellung und Sicherheit*



## *Linksbündnis bringt s*

Seit Mitte 2022 ist der Kooperationsvertrag des Linksbündnisses aus Grünen, SPD, LINKE und Volt in trockenen Tüchern. Er zeigt eine deutliche soziale Handschrift.

In nahezu allen Bereichen sind Verbesserungen vorgesehen. Als erste Maßnahme wurde die Stadtbibliothek für alle Nutzenden kostenlos. Dies ist ein Beitrag zur Bildungsgerechtigkeit. Und die Zahlen geben uns recht. Seit der Mitgliedsbeitrag aufgehoben wurde, hat sich die Zahl der Leser\*innen und mehr als 75% erhöht.

Auch hat die Abschaffung der Mahngebühren keinen negativen Einfluss auf

das Rückgabeverhalten der Leser\*innen. Insgesamt ein voller Erfolg.

Die Ausweitung der aufsuchenden Sozialarbeit ist ein weiterer wichtiger Erfolg der neuen linken Regierung. Im Westend und in Dotzheim sind bereits neue Stellen geschaffen worden. Eine weitere Stelle die sich der Betreuung von Wohnungslosen widmen soll wurde ebenfalls bereits besetzt. So webt das Linksbündnis das soziale Netz dieser Stadt enger.

Insgesamt wird einiges getan um die Situation von Wohnungslosen in dieser Stadt deutlich zu verbessern. Geplant sind hierbei mehr Unterbringungs-

möglichkeiten und niedrigschwellige Hilfsangebote wie „Housing First“ oder der Ausbau des Containerdorfs in Freudenberg. Mittelpunkt all dieser Bemühungen ist immer der Mensch. So steht neben der menschenwürdigen Unterbringung und Versorgung auch immer die Reintegration der Menschen im Fokus unserer Politik.

Größere Projekte werfen ihre Schatten voraus. So ist geplant, die Buspreise für Menschen mit einem Anrecht auf Transferleistungen deutlich zu senken. Ursprünglich sollte das Ticket dem für Mobilität vorgesehenen Satz im Bürgergeld entsprechen. Durch das 49 € Ticket



# sozialen Fortschritt!

auf Bundesebene ist aber etwas Luft im Haushalt. So könnte der Preis für das Ticket sogar noch weiter sinken. Alternativ dazu ist eine Ausweitung des Empfänger\*innenkreises möglich.

Das vergünstigte Ticket für Kinder und Jugendliche (15 € im Monat) wird auf jeden Fall kommen! Wahrscheinlich ab April 2023. Der kostenlose Eintritt für alle Menschen unter 18 Jahren in die Wiesbadener Schwimmbäder wird ab 2023 ebenfalls Realität werden.

Weitere Erfolge konnte die Kooperation im Bereich der Integration verbu-

chen. In enger Zusammenarbeit mit dem Ausländerbeirat sollen die Mitwirkungsmöglichkeiten von Geflüchteten gestärkt werden. Geflüchtete sollen mit beratender Stimme an Sitzungen des Ausländerbeirats teilnehmen können. Auch die Ausstattung der Unterkünfte soll verbessert werden. So werden die Damentoiletten mit kostenlosen Hygieneprodukten ausgestattet.

Ziel bleibt natürlich weiterhin die dezentrale Unterbringung. Deswegen haben wir die Quoten für den sozialen Wohnungsbau bei Neubauprojekten von 22% auf 40% erhöht. Auch die

Förderdauer wurde angepasst. So sollen auslaufende Förderungen in Zukunft verlängert werden um einen Wegfall von Sozialwohnungen zu verhindern.

Von unserer Politik profitieren alle Wiesbadener\*innen. Deshalb ist es gut, dass DIE LINKE mitregiert.

**Ingo von Seemen**  
*Sozialpolitischer Sprecher der Fraktion, Mitglied im Ausschuss für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder und Familie*

# Eine Stadt ein weiterer Schritt zum

## Das Bündnis von Grünen, SPD, LINKE und Volt bekennt sich – Bezahlbares Wohnen ist für uns ein Grundrecht – der nächsten

2016, zu Beginn der vorletzten Wahlperiode, galt noch die Vorgabe von nur 15% geförderten Wohnungen bei allen Neubauprojekten. Bedeutende Großprojekte wie Linde-Quartier, Erbenheim-Süd und Hainweg in Nordenstadt werden nun nach dieser Vorgabe gebaut. 2017 erhöhte die Stadtverordnetenversammlung die Quote für Sozialwohnungen auf 22%, doch wegen der vielen, von der Kooperation von SPD, CDU und Grünen gewährten, Ausnahmegenehmigung kamen sie selten zustande. Die Folge ist der Neubau einer Überzahl von für einfache und mittlere Einkommen unerschwinglichen Miet- und Eigentumswohnungen in den letzten Jahren.

Wiesbaden zählt zu den 10 Städten in Deutschland mit der höchsten Mietbelastung. 57,5% aller Mieterhaushalte müssen mehr als 30% ihres Einkommens für Miete und Nebenkosten aufwenden; 32,5% zahlen mehr als 40% und 17,4% mehr als 50% ihres Einkommens. Betroffen sind vor allem Haushalte mit niedrigem und mittlerem Einkommen.

Insbesondere für Auszubildende und Studierende wird die Lage immer problematischer, durchschnittlich kostet die Miete eines WG-Zimmers fast 450 Euro im Monat. Aktuell sind ca. 2.800 Haushalte bei der kommunalen Wohnungsvermittlung als wohnungssuchend für eine Sozialwohnung gemeldet.

Im Rahmen der Daseinsvorsorge ist die Kommune vor allem für die Teile der Stadtbevölkerung zuständig, die sich nicht adäquat auf dem Wohnungsmarkt versorgen können. Hierzu bekennt sich die neue Mehrheit aus Grünen, SPD, Linke und Volt. Sie hat schon mit dem Beschluss „Bezahlbaren Wohnraum

schaffen – Entlastung für Mieterinnen und Mieter ermöglichen“ im Dezember 2021 einen wichtigen Schritt zur Neuorientierung der Wiesbadener Wohnungspolitik gemacht.

### **Das Bündnis geht neue Wege zu einer sozialen Wohnungspolitik**

- Bei allen Neubauprojekten, sind in Zukunft 40% Sozialwohnungen zu errichten. Davon können 10 % für Gemeinschaftswohnprojekte umgesetzt werden. Weitere 30% der Wohnungen sollen förderfähige Zuschnitte haben, um den Neubau überteuerter Miet- und Eigentumswohnungen drastisch zu beschränken.

- Die städtischen Wohnungsgesellschaften werden von Abführungen in den städtischen Haushalt entlastet und die Mietpreisbremse bei den städtischen Gesellschaften verlängert. Aus unserer Sicht ist die geltende Mietpreisbremse noch ausbaufähig.



# St für alle – bezahlbaren Wohnraum!

kennt sich im Kooperationsvertrag zur „Stadt für alle!  
– Bezahlbares Wohnen ist die zentrale soziale Frage  
des nächsten Jahres.“

- Wohnbaugrundstücke in städtischem Besitz werden grundsätzlich nicht mehr verkauft. Das Mittel der Erbpacht soll bei Wohnbauprojekten verstärkt angewendet und mit der Konzeptvergabe verbunden werden.
- Die Kooperation stellt Mittel für den Neuerwerb und die Verlängerung der Belegungsbindungen für sozial geförderte Wohnungen zur Verfügung.
- Die bereits beschlossene Wohnungstauschbörse soll beim Umzug aus einer zu groß gewordenen in eine kleinere Wohnung durch Beratung, Vermittlung und wo nötig mit einem Umzugszuschuss unterstützen.

## Gegen Leerstand und Zweckentfremdung

Das Bündnis setzt sich für eine Rechtsverordnung des Landes ein, um die Möglichkeiten des §250 BauGB ausschöpfen zu können. Damit könnte die Kommune endlich einen Genehmigungsvorbehalt bei der Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen geltend machen und effektiv gegen Leerstand vorgehen.

- Die Einführung von Milieuschutzsätzen wird weiter geprüft. Sie soll Spekulationen mit Mietwohnungen erschweren. So müssen Modernisierungsmaßnahmen angemeldet und genehmigt werden. Wichtig ist dem Bündnis eine klimafreundliche Bauweise: Neubau und Sanierungen von Wohngebäuden werden am Ziel der „Klimaneutralität bis 2035“ ausgerichtet. Klimagerechtes und energieeffizientes Bauen wird demnach verbindlich, Fassaden- und Dachbegrünungen werden gefördert. Im Bereich Planen und Bauen gibt es auch schwierige Politikfelder. Es gibt einen Mangel an zur Wohnbebauung geeigneten Flächen. Insgesamt muss deshalb, auch im Wohnungsbau, mit Flächen sparsam umgegangen werden. Gebaut werden soll in erster Linie auf Konversionsflächen. Die LINKE Stadtfraktion will eine klimafreundliche Stadtentwicklung und keine weiteren Grün- und Ackerflächen bebauen. Deswegen lehnen wir unter anderem die Planungen für eine Bebauung des Ostfelds ab.

## Brigitte Forßbohm

Planungspolitische Sprecherin der  
Fraktion, Mitglied im Ausschuss für  
Stadtentwicklung, Planung und Bau



# AUS

## Bildungswende drin

Dass wir eine Energiewende und eine Verkehrswende brauchen, lässt sich kaum mehr abstreiten. Aber auch im Bildungsbereich zeigen sich zunehmend die schädlichen Auswirkungen der profitorientierten Politik. Der zunehmende Mangel an qualifizierten Lehrkräften und der ungeheure Sanierungstau offenbaren die falschen Schwerpunktsetzungen. Gigantische Beträge wurden für Aufrüstung eingesetzt – Kriege wurden damit nicht verhindert und werden auch künftig nicht für Frieden sorgen. Steuergeschenke für Superreiche führten zu massiven sozialen Ungerechtigkeiten – öffentliche Infrastruktur wurde vernachlässigt. In

der Corona-Pandemie haben sich diese sozialen Gegensätze verschärft. Während Milliardäre noch reicher wurden, fehlt es an Geld für die notwendige Ausstattung an Schulen und ausreichend angemessen bezahlten Lehrkräften. So ist es kein Wunder, dass wissenschaftliche Studien bestätigen, dass nach drei „Corona-Jahren“ das Bildungsniveau gesunken ist.

Die Forderung nach einer Bildungswende richten wir vor allem an Land und Bund, aber auch in der Stadt. In Kooperation mit GRÜNEN, SPD und Volt wollen wir dazu einen Beitrag leisten. So haben wir in der Kooperation der vier

Fractionen vereinbart, dass der Abbau des Sanierungstaus zügig erfolgt – unter Verwendung auch der hohen Rücklagen der Stadt. Die jahrzehntelange Verzögerung kommt uns nun teuer zu stehen. Die Baupreise explodieren gerade und die Darlehenszinsen gehen kräftig nach oben. Energiekrise und Probleme bei den Lieferketten wirken sich aus. Die lange verschobene Sanierung der Erich Kästner-Schule wird jetzt mit 97 Millionen € Kosten veranschlagt. Aber endlich ist der Ersatz der maroden, schadstoffbelasteten Pavillons durch einen zeitgemäßen Neubau auf dem Weg gebracht. Der Neubau der benachbarten Hafenschule auf ihrem



**WIESBADEN**

Planung und Bau  
Hochbauamt

Hier entsteht eine  
**Dreifeld Sporthalle**  
der **Hermann-Ehlers-Schule**

**Bauherr:**  
Landeshauptstadt  
Wiesbaden  
Der Magistrat  
Sportamt

Murnastraße 4  
65189 Wiesbaden  
Tel. 06 11 / 31 54 00  
sportamt@wiesbaden.de

**Projektsteuerung:**  
Landeshauptstadt  
Wiesbaden  
Der Magistrat  
Hochbauamt

Gustav-Stresemann-Ring 15  
65189 Wiesbaden  
Tel. 06 11 / 31 64 01  
hochbauamt@wiesbaden.de

# SFALL!

## ingend notwendig!

eigenen Grundstück muss nun zügig folgen. Nachdem die Sanierung von zwei Pavillons der Wilhelm-Leuschner-Schule (WLS) endlich angegangen wird, müssen auch die anderen vier Pavillons unmittelbar folgen. Und mit der Sanierung der beiden Hauptgebäude muss die WLS recht bald in die Lage versetzt werden, wieder eine gymnasiale Oberstufe für die zahlreichen Schüler\*innen anzubieten, die nach der 10. Klasse die Berechtigung zu ihrem Besuch erwerben.

Damit endlich wieder Transparenz hergestellt wird über die Sanierungsbedarfe an Wiesbadener Schulen, hat die Kooperation im Rathaus vereinbart,

eine Schulbauliste aufzulegen, in der diese für alle Beteiligten sichtbar erfasst werden. So etwas Ähnliches gab es schon einmal, aber durch die von der CDU geführte Rathauskoalition war dies abgeschafft worden – nach dem Motto „was ich nicht so genau weiß, macht mich nicht heiß.“

In diesem Zusammenhang sei erwähnt, dass bei allen künftigen Planungen für Schulsanierungen und Neubauten Frischküchen bautechnisch zu berücksichtigen sind. So soll es möglich werden, dass von aufgewärmten Mahlzeiten auf frisch zubereitetes Essen umgestellt werden kann oder auch

Essenszubereitung ganz praktisch in entsprechenden Unterrichtseinheiten oder Arbeitsgemeinschaften stattfinden kann. Ein alter Wunsch des Städtelternbeirats der Schulen und mancher Kollegien ginge damit endlich in Erfüllung.

**Hartmut Bohrer**  
*Schulpolitischer Sprecher der Fraktion,  
Mitglied im Ausschuss für Schule, Kultur  
und Städtepartnerschaften*



Nach jahrzehntelangem Warten gibt es endlich die neue Sporthalle an der Hermann-Ehlers-Schule

# UMWELT- UND KLIMASCHUTZ

Die Linke Stadtfraktion Wiesbaden freut sich über viele wichtige Ziele zum Thema Umwelt, den und welche die ersten Weichen auf dem Weg zur klimaneutralen und grünen Stadt stellen zählt, haben die Themen Umwelt, Klimaschutz und Energie für alle Parteien höchste Priorität behandelt. Ein umweltpolitischer Erfolg für DIE LINKE ist aber auch, dass die Bebauung des C trotz Kooperation auch weiterhin bestehen bleibt. Die wichtigsten

## Wiesbaden klimaneutral bis 2035

Als erstes Zwischenziel wollen wir bis 2030 die stadtweiten Treibhausgasemissionen linear um 65 % absenken. Hierfür nutzen wir alle Möglichkeiten und Spielräume, beispielsweise in der Bauleitplanung, der Flächennutzung sowie der Förderung und Beratung im Bereich Energieeffizienz und Ausbau der Erneuerbaren Energien

## „Klima-Ampel“ für die Bewertung der städtischen CO<sub>2</sub>-Bilanz

Die Stadt soll eine CO<sub>2</sub>-Bilanz einführen, in der anschaulich z. B. durch eine Klima-Ampel dargestellt wird, welche Umweltkosten bei relevanten städtischen Maßnahmen und Projekten entstehen.

## Biodiversität erhalten und fördern.

Eine gesamtstädtische Biodiversitätsstrategie soll dafür sorgen, dass Wiesbaden ein attraktiver Lebensraum für viele Tier- und Pflanzenarten bleibt. Im besiedelten Bereich soll daher bei allen Bauvorhaben, Sanierungen sowie Freiraumgestaltungen die Artenvielfalt gefördert werden, etwa durch Nisthilfen, vogelfreundliche Verglasungen, naturschutzfachlich gesteuerte Begrünung sowie durch die gezielte Anlage von Kleinbiotopen.

## Stadtwald

Unser Stadtwald hat eine herausragende Bedeutung für den Klimaschutz, den Naturschutz und die Naherholung. Gleichzeitig leidet er massiv unter Trockenheit und Klimaerhitzung. Vorrangiges Ziel der Kooperation ist daher die Sicherung eines stabilen und klimaresilienten Waldökosystems mit einer großen Viel-

falt standortgerechter heimischer Baumarten.

## Grüne Finanzwirtschaft

Bei langfristigen Geldanlagen verzichtet die Stadt auf solche, die die Finanzierung fossiler Energien beinhalten.



# UMWELT ALS OBERSTE PRIORITÄT

Umwelt, Klima und Energie, die gemeinsam mit den Kooperationspartner\*innen vereinbart wurden. Da der voranschreitende Klimawandel zu einer der größten Gefahren für die Menschen wurde und wurden dementsprechend gleich am Anfang des Kooperationsvertrags in Kapitel 1 des Ostfeldes aus dem Vertrag ausgeklammert werden konnte und unser „NEIN! zum Ostfeld“ die wichtigsten Punkte aus dem Bereich Umwelt im Kooperationsvertrag:

## Landwirtschaft und Ernährung

Wir befürworten eine Stärkung des Ökolandbaus und fördern die lokale und umweltverträgliche Erzeugung von gesunden Nahrungsmitteln. Hierfür soll u.a. der Kooperative Ökolandbau gefördert werden sowie ein Angebot von vegetarischen Speisen und Getränken in städtischen Einrichtungen.

Zudem wollen wir Programme gegen Lebensmittelverschwendung noch weiter stärken.

## Klimaanpassung und Hitzeaktionsplan

Wir wollen städtische Flächen entsiegeln und artenreich begrünen. Dies soll etwa auf dem Elsässer Platz vorbildlich umgesetzt werden. Dach- und Fassadenbegrünungen sollen zum verpflichtenden Standard bei städtischen Bauvorhaben werden.

## Tierschutz

Die Stadt soll eine Auffangstation für Wildtiere einrichten und fördern. Hunde aus dem Tierheim Wiesbaden werden von der Hundesteuer befreit und Zirkusse die Wildtiershows zeigen, sollen zukünftig nicht mehr unterstützt werden.

## Klimauhr

Durch die Installation einer Klimauhr am Hauptbahnhof, welche die verbleibende Zeit bis zur Erreichung des 1,5 Grad-Ziels sowie weitere Informationen zum Thema Klimaschutz bereitstellt, soll bei mehr Bürger\*innen ein Bewusstsein für die Klimaproblematik entstehen.

## Nina Schild

Umweltpolitische Sprecherin der Fraktion, Mitglied im Ausschuss für Umwelt, Klima und Energie



# An den Widerstand erinnern – aus dem Widerstand lernen!

Das Gedenken an den Holocaust, die Ermordung unserer jüdischen Mitbürger\*innen und das Bewusstsein für die zerstörerische Dynamik des Antisemitismus' ist tief in der Wiesbadener Erinnerungskultur verankert.

Die Würdigung der Menschen im Widerstand gegen die NS-Diktatur durch die im Rathaus-Foyer eingerichtete Gedenkstätte war ein wichtiger Schritt des Erinnerns an die Menschen vor Ort, die trotz Verfolgung für Demokratie und

Freiheit einstanden. Bis jetzt wurden dort die Biografien von 14 Wiesbadener\*innen präsentiert, die Widerstand gegen das NS-Regime leisteten. Jedoch engagierten sich viele weitere Bürger\*innen unterschiedlicher Parteien, aus verschiedenen Berufen, Altersgruppen und Glaubensrichtungen.

In der Kooperation haben wir vereinbart, initiativ zu werden, dass weitere Biografien in der Gedenkstätte dargestellt und damit einer breiteren Öffent-

lichkeit bekannt werden. So sollten endlich dort auch Anneliese und André Hoewel sowie Adolf und Gretel Noetzel geehrt werden, die ihr Leben im Widerstand einsetzten und Opfer des NS-Terrors wurden.

**Hartmut Bohrer**  
*Kulturpolitischer Sprecher der Fraktion, Mitglied im Ausschuss für Schule, Kultur und Städtepartnerschaften*

